

**Beschluss des Landesvorstandes
am 10. März 2008**

**Politische Situation in Hessen:
Auf die Inhalte kommt es an!**



1. Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bleibt es dabei: Auf die Inhalte kommt es an. Der Landesvorstand bekräftigt die in seinem Beschluss „Verantwortung für Hessen übernehmen“ vom 5. Februar genannten und vom Parteirat am 9. Februar begrüßten inhaltlichen Eckpunkte für Gespräche mit den im Landtag vertretenen Parteien. Wir sind dem Wunsch der Hessinnen und Hessen nach einer wirksamen Umwelt- und Klimaschutzpolitik, sozialer Gerechtigkeit, einer anderen Bildungspolitik, der Lösung der strukturellen Probleme des Landes und einer Kultur des Miteinanders verpflichtet.
2. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen weiterhin die Ablösung der Regierung Koch und einen Politikwechsel in Hessen und bedauern, dass die hessische SPD die Ablösung Roland Kochs und die Einleitung eines Politikwechsels vorerst verhindert hat. Die Ereignisse der letzten Tage offenbaren ein Maß an inhaltlichem Richtungsstreit und Unprofessionalität innerhalb der SPD, das wir nicht für möglich gehalten haben. Auch der innerparteiliche Umgang miteinander befremdet uns. Vor diesem Hintergrund sehen wir zurzeit keine Basis für den Beginn von Koalitionsverhandlungen und eine stabile Regierung.
3. Wir stellen fest, dass auch die LINKSPARTEI mit ihren diffusen Äußerungen bezüglich ihrer Bereitschaft zur Unterstützung einer rot-Grünen Minderheitsregierung nicht dazu beigetragen hat, Vertrauen in eine verlässliche Mehrheit für den von den Bürgerinnen und Bürgern gewünschten Politikwechsel zu schaffen. Mal äußerte sich Herr Gysi, mal Herr Wilken, mal Herr van Ooyen. Das einzig Verbindende war, dass einer dem anderen widersprochen und widersprüchliche Bedingungen aufgestellt hat bzw. verbindliche Zusagen zu einem Landeshaushalt von einem Mitgliederentscheid abhängig machte. Die hessische LINKSPARTEI muss offensichtlich noch klären, ob sie in der Lage ist Verantwortung zu übernehmen und sich entscheiden, wer in Bezug auf die Mehrheitsfindung für eine neue Politik für sie spricht: Die Bundespartei, die Landespartei oder die gewählten Abgeordneten. Wir fordern die LINKSPARTEI auf, sich zu entscheiden, ob sie eine andere Politik nur proklamieren oder tatsächlich auch dazu beitragen will. Ein Mindestmaß an Verlässlichkeit und verbindlichen Absprachen sind die unabdingbaren Voraussetzungen für einen Politikwechsel.
4. Wir begrüßen die Öffnung der FDP für Koalitionen mit SPD und GRÜNEN durch ihren Bundesvorsitzenden Guido Westerwelle. Wir erwarten, dass auch die hessische FDP angesichts dieser Öffnung von ihrem strikten Nein zu einer Ampelkoalition abweicht und den Weg für inhaltliche Gespräche frei macht. Bislang müssen wir leider feststellen, dass die hessische FDP im Gegensatz zu SPD, CDU und GRÜNEN nach der Landtagswahl mit ihrem schwierigen Ergebnis bisher die aus

ihrer Sicht drängendsten Aufgaben der neuen Legislaturperiode noch nicht in einem Beschluss festgehalten hat. Dies erschwert die Auseinandersetzung mit den Positionen in der Sache und dementsprechend auch die Suche nach Gemeinsamkeiten und die inhaltliche Auseinandersetzung über Unterschiede.

5. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN HESSEN sehen auf Landesebene keine Basis für ein „Jamaika-Bündnis“ mit der Koch-CDU. Die hessische CDU steht seit Jahrzehnten für rückwärtsgewandte Politik. Nicht zuletzt ihr Politikstil im Landtagswahlkampf zeigt den Unterschied zu BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die inhaltlichen Differenzen zwischen den GRÜNEN und CDU in Hessen sind hinlänglich bekannt. Die CDU muss in den nächsten Jahren die Kraft finden, sich an Haupt und Gliedern zu erneuern. Dieser dringend notwendige Prozess hat auch nach ihren Verlusten von zwölf Prozentpunkten bei der Landtagswahl noch immer nicht begonnen. Beispiel dafür ist auch die „Bad Wildunger Erklärung“ der CDU, die allenfalls taktische Annäherungen an das Programm der FDP enthält. Eine Offenheit für GRÜNE Inhalte ist nicht zu erkennen. Uns GRÜNEN das FDP-Programm als „Kompromiss“ für ein Jamaika-Bündnis anzubieten betrachten wir als Farce.
6. Der Landesvorstand fordert die GRÜNE Landtagsfraktion auf, gerade in der jetzigen Situation alles dafür zu tun, um Hessen in der Sache voran zu bringen. Die Menschen in Hessen haben einen Anspruch darauf, dass die drängenden Probleme gelöst werden. Ob in der Bildungs-, Energie- oder Sozialpolitik: Es gibt viel zu tun. Wir haben die Aufgabe, auch ohne Regierungsbeteiligung für die Inhalte zu streiten, für die wir gewählt wurden.